
B-1

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 3: Bildung für das 21. Jahrhundert

SELBSTBESTIMMT LERNEN, SELBSTBESTIMMT LEBEN. BILDUNG FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT

1 Bildung ist ein Schlüssel dazu, dass alle Menschen in einer friedlichen, gerechten und
2 nachhaltigen Welt leben können. Bildung hat die Aufgabe, Menschen ein freies, erfolg-
3 reiches und erfülltes, sicheres und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und sie zur
4 gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen. An diesem Bildungsauftrag, ändert sich auch im
5 21. Jahrhundert nichts. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen alldies
6 gelingen soll, haben sich aber sehr wohl geändert.

7 Die zunehmende sozialer Spaltung, die Klimakrise, die digitale Transformation und die
8 Globalisierung erfordern eine grundlegend andere Gestaltung von Bildungsprozessen. Die
9 Digitalisierung verändert schon heute massiv die Art und Weise, wie wir leben und arbei-
10 ten. Sie fordert erweitertes Wissen, vor allem aber auch andere Kompetenzen, damit je-
11 de*r Einzelne damit umgehen und wir als Gesellschaft weiter erfolgreich handeln und gut
12 miteinander leben können. Die Klimakrise, die Folgen der Globalisierung und das Zusam-
13 menleben in einer vielfältigen Gesellschaft erfordern klare Werte, Haltungen, Wissen und
14 Kompetenzen. Die von Bund und Ländern bereits verabschiedeten globalen Nachhaltig-
15 keitsziele (SustainableDevelopment Goals, SDGs) sowie die im 2030-Rahmen für individu-
16 elles und kollektives Wohlbefinden der OECD definierten Herausforderungen bieten den
17 Orientierungsrahmen für eine nachhaltige, zukunftsfähige Bildungspolitik. Wir streben im
18 Sinne der Ziele nachhaltiger Entwicklung eine inklusive, gerechte und hochwertige Bil-
19 dung für alle an. Sie soll dazu befähigen, Kultur und Naturerbe zu erhalten, Vielfalt und
20 Nachhaltigkeit in einer demokratischen Gesellschaft zu fördern sowie Wissen zu schaf-
21 fen, zu verbreiten und zu teilen, um auch zukünftigen Generationen ein Leben in Frieden
22 und Freiheit in einer lebenswerten Umwelt zu ermöglichen. Bildung bedeutet für uns, Be-
23 dingungen zu bieten, die eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung und umfängliche
24 Teilhabe ermöglichen und über eine bloße Vorbereitung auf das Berufsleben hinausgeht.

25 In Bezug auf Bildungsgerechtigkeit steht unser Bildungssystem heute vor neuen Heraus-
26 forderungen. In NRW leben Menschen mit länger- und kurzfristigeren internationalen Fa-
27 miliengeschichten aus über 190 Herkunftsnationalitäten mit mindestens ebenso vielen

28 Sprachen. Zwei- und Mehrsprachigkeit sind immer stärker Erfahrungen, die alle Kinder be-
29 treffen, ihre Lebenswelt und ihren Alltag prägen. Mehrsprachigkeit ist ein Bildungsschatz,
30 der jedoch konsequente Förderung und Unterstützung benötigt. Aktuell sind ca. 40 Prozent
31 aller Schülerinnen und Schüler in NRW aus Familien mit einer Migrationsgeschichte, die
32 mindestens eine weitere Sprache als Deutsch nutzen. Mehrsprachigkeit ist einerseits ein
33 angeborenes Potenzial aller Menschen und die gelebte Normalität vieler Schülerinnen
34 und Schüler, andererseits ist sie eingebunden in gesamtgesellschaftliche Dominanzver-
35 hältnisse sowie Fragen von Anerkennung und Teilhabe. Wir setzen uns für eine inklusive,
36 diskriminierungsfreie Bildung ein.

37 Bildung in einer Migrationsgesellschaft erfordert neue Perspektiven und Zugänge, die die
38 Potentiale und Bedarfe aller Kinder in den Blick nehmen. Wir wollen aktuelle fachwis-
39 senschaftliche Entwicklungen zur Gestaltung einer interkulturellen, migrationspädagogischen
40 und rassismuskritischen Bildung aufnehmen und unterstützen die Bemühungen
41 zur Etablierung einer Beschwerdekultur gegen Diskriminierungen im Bildungsbereich. Wir
42 wollen Mehrsprachigkeitsdidaktik und sprachsensiblen Unterricht in allen Lernprozessen
43 (und bereits in der beruflichen Ausbildung) fördern.

44 Ansätze zur Bekämpfung von Bildungsarmut und Bildungsbenachteiligung entfalten nicht
45 ausreichend Wirkung. Die soziale Spaltung der Gesellschaft droht sich weiter zu vertiefen
46 und reproduziert sich im Bildungssystem; viele Kinder erleben gesellschaftliche Ausgren-
47 zung und Perspektivlosigkeit. Identifikation mit der Demokratie, Gerechtigkeit und gesell-
48 schaftlicher Zusammenhalt sind Grundbedingungen für ein funktionierendes demokrati-
49 sches Gemeinwesen. Der Bildungspolitik kommt deshalb eine immense Verantwortung für
50 den Erhalt der liberalen Demokratie zu. Dieser Verantwortung stellen wir uns.

51 Unser Bildungssystem ist im Ganzen unterfinanziert – das wollen wir ändern. Die Kommu-
52 nen stehen heute nicht selten am Rande ihrer finanziellen Möglichkeiten. Zur Sicherung
53 vergleichbarer Lebensverhältnisse und der Qualität von Bildung wollen wir die Aufgaben-
54 und Lastenteilung zwischen Land und Kommunen in finanzieller Hinsicht neu aushandeln
55 und auch den Bund stärker verpflichten, sich an der Finanzierung eines zukunftsfähigen
56 und gerechten Bildungssystems zu beteiligen. Wir wollen die durch die Grundgesetzän-
57 derung ermöglichte Kooperation zwischen Bund und Ländern nutzen, um künftig Investi-
58 tionsprogramme, etwa für Sanierung und Neubau an besonders herausfordernden Stand-
59 orten, auf den Weg zu bringen und auch personelle Unterstützung z. B. bei der Inklusion
60 und Sozialarbeit zu verstärken. Das Landesprogramm *Gute Schule 2020* wird fortgeführt.

61 Der Lehrkräftemangel wird die Schulen absehbar belasten. Wir wollen uns dafür einsetzen,
62 den Lehrerberuf aufzuwerten, die Ausbildungskapazitäten auszubauen, umso mittelfristig
63 den Mangel zu bekämpfen. Gleichzeitig wollen wir mit verschiedenen Maßnahmen kurz-
64 fristig Abhilfe schaffen, etwa indem wir Lehrer*innen von Verwaltungsaufgaben entlasten.
65 Grundschulen, aber allgemein auch Schulen in herausfordernden Lagen, sind besonders
66 vom Lehrer*innenmangel betroffen. Sie weisen häufig die höchsten Seiteneinsteigerquo-
67 ten auf. Schulscharfe Stellenausschreibungen führen häufig nicht mehr zum Erfolg, verur-
68 sachen aber einen hohen Aufwand für die Schulleitungen. Deshalb schlagen wir vor, die
69 schulscharfe Ausschreibung für drei Jahre zu begrenzen und parallel dazu ein Lehrerzuwei-
70 sungsverfahren durchzuführen. Wir wollen die gleiche Besoldung für alle Lehrämter (A13
71 als Eingangsbesoldung) einführen – nicht nur für die neu ausgebildeten Lehrer*innen.

72 Daneben wollen wir in einem ersten Schritt an den Standorten mit besonderen Anfor-
73 derungen die Unterrichtsverpflichtung senken sowie Schulleitungsassistenzen und mehr
74 Entlastungsstunden zur Verfügung stellen. Die Arbeitszeiten von Lehrkräften definieren
75 wir in Zukunft nicht mehr nur über das Stundendeputat im Unterricht, sondern bezieht
76 alle Tätigkeiten ein, beispielsweise Teamzeiten und Fortbildungen. Wir wollen, dass diese
77 Zeiten in konkreten Modellen Berechnung finden. Schulleitungen müssen hier in Zusam-
78 menarbeit mit den Lehrerräten eigenständige Konzepte erstellen können.

79 Wir wollen eine Bildung, die im Sinne einer umfassenden Persönlichkeitsbildung Men-
80 schen, vor allem Kindern, Geborgenheit, Selbstvertrauen und Sicherheit gibt – gerade
81 auch im Umgang mit Unbekanntem. Wir wollen den Paradigmenwechsel von der derzeit
82 noch weit verbreiteten Defizit- hin zu einer Potentialorientierung und von der „Begabten-
83 förderung“ zur vielfältigen Begabungsförderung schaffen, damit die Talente und Stärken
84 jedes Menschen sich entfalten können. Bildung muss die Freude am Lernen, die jedes Kind
85 empfindet, erhalten und fördern. Unser Verständnis von Leistung ist: Jedes Kind wird nach
86 seinen individuellen Stärken gefordert und gefördert, wodurch es in einem anregenden
87 und geschützten Rahmen sich entfalten und Leistung erbringen kann und soll.

88 Wir wollen eine Bildungspolitik, die nach Bildungsgerechtigkeit strebt und Bildungsarmut
89 und -benachteiligung entschlossen bekämpft. Jedes Kind ist anders, jede Schule ist anders.
90 Wir wollen darum dafür Sorge tragen, dass Mittel zielgenauer dort ankommen, wo sie be-
91 sonders gebraucht werden. Gute Bildungspolitik muss Ungleiches ungleich behandeln. Die
92 Schulen, die vor den größten Herausforderungen stehen, sollen auch die größte Unterstüt-
93 zung erhalten. Deshalb wollen wir pädagogische Ressourcen und Sachressourcen auf der
94 Basis eines durch ein Sozial- und Bildungsmonitoring erfassten, schulscharf ermittelten
95 Sozialindex verteilen. Dies betrifft nicht allein Stellen für Lehrer*innen und die multipro-
96 fessionellen Teams aus Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen und Schulpsycholog*innen,
97 sondern umfasst auch Investitionsmittel für bauliche Anpassungen und Erweiterungen.
98 Wir wollen, dass insbesondere an herausfordernden Standorten die Klassengröße gesenkt
99 wird.

100 Auch, wenn wir hier den Blick auf die Bildungseinrichtungen fokussieren, wissen wir, wie
101 wichtig es ist, die Familien, von Anfang an zu stärken und besonders auch Alleinerziehende
102 zu unterstützen, für eine lebenswerte Um- und Mitwelt zu sorgen, damit unsere Kinder
103 und Enkelkinder gesund und glücklich aufwachsen können. Diese ökologische und soziale
104 Verantwortung wollen wir mit aller Kraft wahrnehmen.

105 **Frühkindliche Bildung**

106 Bildung muss von Beginn an für alle gebührenfrei sein. Wir wollen deshalb Schritt für
107 Schritt zur Beitragsfreiheit kommen, ohne die Qualitätsentwicklung zu vernachlässigen.
108 Auf dem Weg dorthin wollen wir über landeseinheitliche und sozial gestaffelte Beitrag-
109 stabellen mehr Gerechtigkeit schaffen. Wir wollen die Anerkennung der frühkindlichen
110 Bildung erhöhen und für eine bessere Bezahlung der Beschäftigten sorgen. Zudem wol-
111 len wir die Anstrengungen zur Fachkräftegewinnung steigern und neben der bisherigen
112 Form der Fachschulausbildung Zugänge wie die praxisintegrierte Ausbildung oder Mög-
113 lichkeiten zum Seiteneinstieg und Qualifizierung in die frühkindliche Bildung in den Blick
114 nehmen.

115 Das pädagogische Fachpersonal braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Wir wollen
116 deshalb verbindliche Fachkraft-Kind-Schlüssel gesetzlich verankern, die zwischen unmit-
117 telbarer und mittelbarer pädagogischer Arbeit differenzieren und Fehlzeiten durch Urlaub,
118 Krankheit oder Fortbildung abbilden. Teamgespräche, Vor- und Nachbereitung sowie die
119 Dokumentation von Bildungsprozessen sollen in die Personalbemessung mit eingerechnet
120 werden.

121 Je früher ein Kind Zugangschancen zu Bildung erhält, desto weniger wirkt der Zusammen-
122 hang zwischen Herkunft und Bildungserfolg. Neben Bildung, Betreuung und Erziehung ist
123 Gesundheitsförderung die vierte Säule frühkindlicher Bildung. Die motorische Entwicklung
124 spielt eine entscheidende Rolle in der ganzheitlichen Entwicklung von Kindern; gesunde
125 Ernährung ist genauso wichtig wie integrierte Bewegungsförderung. Allen Kindern soll in
126 der Kita gesundes Essen angeboten werden. Dazu wollen wir verbindliche Qualitätsstan-
127 dards für das Essen in Kitas einführen, aber auch Grundkenntnisse gesunder Ernährung
128 und über Lebensmittel kindgerecht vermitteln.

129 Im Sinne eines umfassenden Bildungs- und Erfahrungsverständnisses wollen wir auch die
130 kulturelle Bildung in Kindertageseinrichtungen stärken, denn sie befähigt Kinder, Kunst
131 und Kultur von Grund auf kennen und verstehen zu lernen, zu gestalten und aktiv am
132 kulturellen Leben teilzuhaben. Wir wollen, dass jedes Kita-Kind mindestens einmal im Jahr
133 Kultureinrichtungen und Angebote der städtischen Bibliotheken wahrnehmen kann. Dies
134 fördert auch die Partnerschaften zwischen Kindertageseinrichtungen und Kulturpartnern
135 vor Ort.

136

137 Als erste Orte institutionalisierter Bildung kommt Kitas bei der Umsetzung inklusiver Bil-
138 dungsprozesse große Bedeutung zu. Wir sehen in einer kinderzentrierten Pädagogik, die
139 die Unterschiedlichkeit einer Gruppe voraussetzt und alle Kinder in ihren unterschiedli-
140 chen Potentialen wahrnimmt, einen zentralen Schlüssel für gelingende inklusive Entwick-
141 lung. Inklusion mit dem Ziel, die Teilhabe aller Kinder an gelingenden Bildungsprozessen
142 zu ermöglichen, braucht ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen. Neben päd-
143 agogischen Fachkräften und pädagogischen Konzepten wollen wir auch therapeutische
144 Ansätze und Personal in den Einrichtungen verankern und bei der Finanzierung berück-
145 sichtigen.

146

147 Neben den Kitas kommt auch den Familienbildungsstätten eine wichtige Rolle bei der
148 Unterstützung von Familien zu. Ziel der Familienbildung ist es, allen Familien ein gutes
149 Leben und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Mit ihren vielfältigen, wohnortna-
150 hen, kostengünstigen und niedrigschwelligen Angeboten stärken sie die Kompetenzen von
151 Familien und holen die Familien dort ab, wo sie sich gerade befinden. Diese familienbe-
152 zogenen Bildungsangebote müssen für Familien in allen biografischen Phasen niedrig-
153 schwellig vorhanden sein.

154 Erfolgreiche Bildungswege brauchen gute Übergänge. Nach wie vor sind viele Bildungs-
155 biografien von unfreiwilligen Brüchen gekennzeichnet. Mit einem koordinierten Über-
156 gangsmanagement zwischen Kita und Grundschule und einer engen Kooperation wollen
157 wir den Übergang an der „ersten Schwelle“ im Bildungssystem für Kinder positiv gestalten

158 und die spezifischen Bildungsansätze der jeweiligen Einrichtungen verzahnen. Wir wollen,
159 dass Grundschulen und Kitas auch personell verstärkt kooperieren. Hier können Famili-
160 enzentren eine zentrale Rolle spielen. Auch zwischen Grundschulen und weiterführenden
161 Schulen entstehen oft soziale Brüche. Grundsätzlich möchten wir Kindern so wenig Schul-
162 wechsel wie nötig und so spät wie möglich zumuten. Daher unterstützen wir die Gründung
163 von „Primusschulen“ als Regelschulen, die gemeinsames Lernen von der ersten Klasse bis
164 mindestens zum ersten Schulabschluss ermöglichen. Wir schlagen vor, diese Denkweise
165 auch durch enge Kooperationen und pädagogische Verzahnung zwischen Grund- und wei-
166 terführenden Schulen umzusetzen. Ein garantierter Schulplatz an einer vorab bekannten
167 weiterführenden Schule kann Grundschulkindern einen Übergang in eine neue Bildungs-
168 phase ermöglichen, der nicht mit dem Verlust der sozialen Bezugsgruppe verbunden ist.

169 Wir schlagen den Kommunen vor, feste Zuständigkeiten in der Kommunalverwaltung für
170 das Übergangsmanagement in allen Bildungsbereichen einzuführen, wo diese beschriebenen
171 Übergänge evaluiert und nachgesteuert werden. Wir wollen, dass sich die unterschiedlichen
172 Akteur*innen aus der Jugendhilfe, den Kindertagesstätten, aus Schule, dem Gesundheitsbereich,
173 der Familienberatung, den Sozialämtern und Jobcentern sowie Akteur*innen
174 der Zivilgesellschaft in verbindlichen und finanziell ausgestatteten Kooperations- und
175 Netzwerkstrukturen begegnen und passgenaue Angebote für den Stadtteil oder die Kom-
176 mune entwickeln.

177 **Starke Grundschule**

178 Wer das Fundament in der schulischen Bildung stärken will, der muss das Schulsystem
179 vom Kopf auf die Füße stellen. Die Grundschulen verdienen höchste Wertschätzung für
180 ihre Arbeit.

181 Das gemeinsame Lernen in der Grundschule im eigenen Stadtteil bzw. vor Ort ist vor-
182 bildhaft und ein wertvolles Gut, das wir mit aller Kraft unterstützen wollen. Grundschu-
183 len mit Bekenntnisprofil müssen derzeit aufgrund der Rechtskonstruktion konfessionelle
184 Schüler*innen bevorzugt aufnehmen. Das führt zu sozialer und kultureller Segregation.
185 Wir wollen, dass die Gemeinschaftsgrundschule wirklich die Schulgemeinschaft für alle
186 Kinder ist. Daher schlagen wir vor, die Bekenntnisgrundschulen in Gemeinschaftsgrund-
187 schulen umzuwandeln.

188 Nach dem NRW-Schulgesetz werden Kinder in Gemeinschaftsgrundschulen

189 Grundlage christlicher Bildungs- und Kulturwerte in Offenheit für die christlichen Bekennt-
190 nisse und für andere religiöse und weltanschauliche Überzeugungen gemeinsam unter-
191 richtet und erzogen.“*„auf der*

192 *Grundlage christlicher Bildungs- und Kulturwerte in Offenheit für die christlichen Bekenntnis-*
193 *se und für andere religiöse und weltanschauliche Überzeugungen gemeinsam unterrichtet und*
194 *erzogen.“Der Religionsunterricht sollte nicht mehr nach Bekenntnissen getrennt erteilt werden,*
195 *sondern konfessionell-kooperativ. Wir wollen die rechtlichen Grundlagen in der Landesverfas-*
196 *sung für die Änderungen schaffen und in Gesprächen mit den Religionsgemeinschaften die*
197 *notwendigen Entwicklungen im Religionsunterricht voranbringen.*

198 **Recht auf hochwertigen Ganzttag**

199 *Wir wollen – auch zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – einen Rechtsan-*
200 *spruch auf einen Ganztagsschulplatz in den Grundschulen und den Sekundarstufen I der wei-*
201 *terführenden Schulen, in einem ersten Schritt bis mindestens zum Ende der 6. Klasse. Der Bund*
202 *muss mit der Verpflichtung der Kommunen, den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz um-*
203 *zusetzen, finanzielle Rahmenbedingungen schaffen, die Kommunen in ihren unterschiedlichen*
204 *Haushaltslagen nicht überfordern. Das schulische Ganztagsangebot muss prinzipiell kostenfrei*
205 *sein; Bund und Land müssen hier für die Finanzierung einstehen. Wir wollen dafür sorgen, dass*
206 *mit dem Ganztagsangebot ein kostenloses, gesundes, regionales Mittagessen einhergeht. Wo*
207 *immer möglich, präferieren wir das Kochen vor Ort.*

208 *Eine Ganztagschule muss ein Lebens- und Lernort sein, der Vertrauen, Sicherheit und Gebor-*
209 *genheit bietet. Der Ganzttag bietet vielfältige Chancen um die Selbstwirksamkeit zu stärken,*
210 *und Gemeinschaft zu erleben und zu pflegen. Er ist Entwicklungsraum und kann Ansporn, Er-*
211 *mutigung und Herausforderung für formelles und informelles Lernen bieten. Ein Raum, in dem*
212 *Kinder sich erproben dürfen und ihre Kreativität entwickeln und erleben können.*

213 *Wer andere Lernformen und eine an den Schülerinnen und Schülern orientierte Rhythmisierung*
214 *verwirklichen möchte, muss die klassische Trennung unterschiedlicher Bildungsbereiche (Un-*
215 *terricht und Betreuung) überwinden. Das ist im gebundenen Ganzttag leichter möglich (und wird*
216 *an solchen Schulen auch häufig bereits realisiert), gilt aber auch für die Offene Ganztagschule.*
217 *Wir wollen auch in offenen Formaten eine stärkere Verzahnung von Schule und Ganzttag. Das*
218 *gilt für die Inhalte, die Teamarbeit und Fortbildung der multiprofessionellen Fachkräfte und*
219 *ein gemeinsames nutzbares Raumkonzept. Offene Ganztagsangebote sind Bildungsangebote,*
220 *die eine gute pädagogische Qualifikation der Beschäftigten ebenso voraussetzen, wie eine gute*
221 *Abstimmung mit den Kollegien und den Schulleitungen, einschließlich ihrer Verankerung in*
222 *der Schulkonferenz. Denkbar wäre für uns auch eine Weiterentwicklung des offenen Ganztages*
223 *in modulare Lösungen, in denen auf einen gebundenen Anteil bis 14 oder 15 Uhr ein offener*
224 *Anteil aufgesetzt ist, den Eltern als Betreuungsformat anwählen können.*

225 *Wir wollen besonders die Grundschulen dazu ermutigen, den Weg zur gebundenen Ganztags-*
226 *schule in partizipativen Prozessen mit den Eltern und Kindern zu gehen. Für Schulen mit her-*
227 *ausfordernden sozialen Rahmenbedingungen wollen wir die Möglichkeit der Einrichtung eines*
228 *Bildungscampus schaffen, in dem Unterstützungsangebote für Kinder und ihre Familien nie-*
229 *derschwellig angeboten werden.*

230 *Die Qualität und Ausgestaltung der Ganztagschulen, vor allem der Offenen Ganztagschule,*
231 *ist derzeit abhängig von der Finanzkraft der Kommunen und ihrer Möglichkeit, freiwillige Bei-*
232 *träge zur Ausgestaltung des Ganztages zur Verfügung zu stellen. Wir wollen, dass die Qualität*
233 *des Ganztages auf landesweit gültigen Standards ruht. In der Umsetzung bedeutet dies, dass*
234 *es landesweit gültige Standards für die personelle und räumliche Ausstattung des Ganztages*
235 *braucht, die in Abstimmung mit den Schulträgern (Kommunale Spitzenverbände) entstehen.*
236 *Dies muss für die personelle Ausstattung des Ganztags mit multiprofessionellem Personal-*
237 *und für dessen Fortbildung und Qualifizierung ebenso gelten, wie für den Raumbedarf, für die*
238 *Mittagsverpflegung und für multifunktionelle Räume für eine Ausgestaltung des Ganztages.*
239 *Wir wollen die Qualität der OGS landesweit sichern und orientieren uns bei der Finanzierung*
240 *an den Berechnungen der Wohlfahrtsverbände und der GEW.*

241 **Schule im digitalen Wandel**

242 *Wir wollen eine Politik für Bildung im digitalen Wandel, die Menschen auf ein selbstbestimmtes,*
243 *gestaltendes Leben und Arbeiten in einer digitalisierten Welt vorbereitet und die, über die För-*
244 *derung von berufsrelevanten Kompetenzen hinaus, zu einer aktiven eigenen Lebensgestaltung*
245 *und gesellschaftlicher Teilhabe befähigt.*

246 *Wir wollen Bildung für die digitale Welt gestalten. Die Schule für die digitale Welt beschäftigt*
247 *sich mit den technischen Möglichkeiten und deren gesellschaftlichen Folgen. Sie fragt danach,*
248 *wie das Digitale funktioniert und gestaltet werden kann, welche Chancen es mit sich bringt und*
249 *welche Risiken damit für die Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft verbunden sind. Kinder*
250 *lernen in der Schule, wie digitale Technik funktioniert, wie sie gestaltet werden kann und wie*
251 *sie sich in Zukunft entwickeln könnte. Sie lernen, wie sich Arbeit und Kommunikation durch die*
252 *Digitalisierung verändern und welche Folgen dies für die Gesellschaft und die einzelnen Men-*
253 *schen hat. Sie erwerben vielfältige Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien, setzen sich*
254 *kritisch-reflektiert mit den Auswirkungen der Digitalisierung auseinander und sind in der Lage,*
255 *Risiken für gesellschaftliche und persönliche Entwicklungen zu erkennen, die die umfassende*
256 *Wirksamkeit des Digitalen entfaltet und diesbezüglich Gegenstrategien zu entwickeln.*

257 *Lernen in und für eine digitale Welt muss sich stärker an den Bedingungen dieser Welt orientie-*
258 *ren. In der Schule der digitalen Welt lernen Kinder und Jugendliche, eigene Fragen zu stellen,*
259 *reale Problem zu lösen und ihre Problemlösungen für sich und andere nutzbar zu machen.*
260 *Sie lernen selbstständig, ihren Lernprozess zu strukturieren, in Projekten zusammenzuarbeiten,*
261 *Zusammenhänge zu verstehen und Probleme zu lösen. Und nicht zuletzt soll Schule in der digi-*
262 *talen Welt Kreativität fördern. Die Schule in der digitalen Welt bereitet auf die digitale Welt vor,*
263 *weil sie deren Arbeitsweisen und Prinzipien in das Lernen integriert und so Lernende darauf*
264 *vorbereitet, eine noch unbekannte Welt von morgen aktiv zu gestalten. Die umfassende und*
265 *systematische Nutzung digitaler Technik als Lern- und Arbeitswerkzeug ist dabei Grundlage*
266 *und Selbstverständlichkeit.*

267 *Bestehende Curricula des Landes fokussieren inhaltlich zu sehr auf prüfbares Faktenwissen, be-*
268 *stehende Prüfungsformate betonen dies ebenfalls und geben nur sehr eingeschränkt die Mög-*
269 *lichkeit, die heute und in Zukunft besonders wichtigen Kompetenzen für das 21. Jahrhundert*
270 *nachzuweisen. Wir wollen die Kernlehrpläne und didaktischen Settings des Landes so gestalten,*
271 *dass eine Vielzahl von Lernformaten möglich sind: nach Disziplinen getrennter Fachunterricht*
272 *und die Entwicklung von Lernfeldern, kooperatives Lernen, grundlagenorientierte Lernbüros,*
273 *themenzentrierte Werkstätten und an den Neigungen, Interessen und Fragen der Lernenden*
274 *ausgerichtete Projekte innerhalb und außerhalb von Schule in einem Projektunterricht. Eine*
275 *große Chance sehen wir in diesem Kontext auch in jahrgangsübergreifendem Lernen von der*
276 *Grundschule bis zur Sekundarstufe II. Ebenso sollen Schulen dabei unterstützt und beraten*
277 *werden, Prüfungsformate zu entwickeln, die den jeweils gewählten Lernformaten entsprechen.*
278 *Lehrpläne wollen wir dafür nicht mehr an Fachinhalten, sondern an übergeordneten, verbind-*
279 *enden Themen ausrichten.*

280 *Um sicherzustellen, dass Lernende grundlegendes informatisches Wissen erwerben, wollen wir*
281 *informatische Bildung curricular fest verankern. Wir haben dabei ein umfassendes Verständnis*
282 *von Informatik analog zu den Begriffen Informatische Bildung, Medienpädagogische Bildung*
283 *und Medienkompetenz. Dazu gehört für uns nicht nur die Kulturtechnik des Programmierens,*
284 *sondern auch die Beschäftigung mit den Risiken, der Funktionsweise und den Chancen, die mit*
285 *einer digitalisierten Welt einhergehen.*

286 *Lernen ist immer ein sozialer Prozess, in dem Menschen miteinander agieren und sich begeg-*
287 *nen – und wird dies auch bleiben. Künstliche Intelligenz, Algorithmen und Learning Analytics*
288 *können individualisierte Lernprozesse durch passgenaue Inhalte und unmittelbares Feedback*
289 *unterstützen. Wir wollen, dass die so entstehenden Freiräume für mehr gemeinsames und ko-*
290 *operatives Lernen in selbstgesteuerten Projekten und intensive individuelle Lernbegleitung und*
291 *Lernberatung genutzt werden. Wir wollen, dass moderne Technik dazu genutzt wird, Arbeits-*
292 *und Verwaltungsabläufe in Schulen zu vereinfachen und adaptive Lernsysteme Lehrkräfte ent-*
293 *lasten. Digitale Technik ermöglicht den Lernenden, Lernprozesse zunehmend selbstständig zu*
294 *organisieren und zu dokumentieren. Im Dialog mit Schulen, Kommunen und Eltern muss das*
295 *Land dafür sorgen, dass jedes Kind jederzeit die Lernmöglichkeiten hat, die es braucht. Das be-*
296 *deutet für uns: Jede Schule muss eine 1:1-Ausstattung mit mobilen Geräten realisieren können*
297 *– unabhängig von der Finanzkraft der Eltern.*

298 *Die technischen Entwicklungen sind rasant und die Entwicklungszyklen werden immer kürzer.*
299 *Medienkonzepte, die Schulen heute entwickeln, sind oft bereits veraltet, wenn die Technik, die*
300 *auf deren Grundlage beschafft wird, in der Schule ankommt. Es müssen neue Rahmenbedin-*
301 *gungen geschaffen werden, damit Schulen die Möglichkeiten der Digitalisierung in ihre Arbeit*
302 *einbinden können. Dazu gehört eine kontinuierlich modernisierte Grundausstattung, die jeder*
303 *Schule zur Verfügung steht. Hierzu gehören ein schneller Internetzugang, WLAN im gesamten*
304 *Gebäude, Präsentationstechnik in allen Räumen und mobile Geräte, die jederzeit genutzt wer-*
305 *den können. Medienkonzepte sind in Zukunft als Teil des Schulprogramms nicht mehr „Antrags-*
306 *texte“, sondern Dokumente, die gelebte Unterrichtspraxis in Schulen abbilden und als offene*
307 *und öffentliche Dokumente Teil einer regionalen Schulentwicklung sind.*

308 **Selbstbestimmte Schule**

309 *Wir wollen die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung von Schulen fördern, weil wir davon*
310 *überzeugt sind, dass sie ihre Freiheiten in Verantwortung für ihre Schulgemeinde gut wahrneh-*
311 *men können. Wir wollen den Schulen durch größere Entscheidungskompetenzen in Personal-*
312 *fragen eine flexiblere und effizientere Planung und Organisation von Unterricht ermöglichen*
313 *und damit besseres Lernen ermöglichen.*

314 *Wir wollen allen Beteiligten mehr Selbstbestimmung und Verantwortung in der Gestaltung von*
315 *Bildung geben. Das bedeutet für uns Selbstbestimmung und Verantwortung für die Lernenden*
316 *bei der Gestaltung ihrer Lernwege und für die Lehrenden bei den Lernformaten und Arbeitswei-*
317 *sen. Selbstbestimmung und Verantwortung aber auch bei den Formaten, in denen gegenseitig*
318 *Feedback und Unterstützung gegeben wird sowie für jede Schule in der Gestaltung einer Lern-*
319 *umgebung, die für ihre Lernenden und den Sozialraum, in dem sie agiert, optimal ausgestaltet*
320 *ist.*

321 *Wir wollen den Schulen ermöglichen, die Bedingungen, die ihr jeweiliges Umfeld bietet und*
322 *erfordert, in den Schwerpunkten ihrer Schulgestaltung aufzunehmen. Gute Bildung entsteht,*
323 *wenn Schulen sich auf die Herausforderungen ihres Sozialraumes einlassen. Wir wollen den*
324 *Schulen gesicherte Freiräume zur Verfügung stellen, aber auch klare Rahmenbedingungen*
325 *schaffen, in denen sie sich entwickeln können. Selbstbestimmte Schulen gestalten dann die*
326 *Lern- und Unterrichtszeiten auf der Grundlage allgemeiner Rahmenvorgaben flexibel. Sie füh-*
327 *ren eigene Zeitrhythmen für das Lernen ein und gestalten offene Lernformate, die von der*
328 *Schule themen- und schülerbezogen variabel ausgestaltet werden. Selbstbestimmte Schulen*
329 *entwickeln alternative Formen der Leistungsüberprüfung und -bewertung. An die Stelle von*

330 *Klassenarbeiten können Portfolios, praktische Arbeiten, Fachreferate, Vorträge oder Präsen-*
331 *tationen treten. Notenzeugnisse können durch Lernentwicklungsberichte ersetzt oder ergänzt*
332 *werden; auch eine Zertifizierung besonderer Kompetenzen ist möglich. Dies gilt mit Ausnahme*
333 *von Abschluss-, Überweisungs- und Abgangszeugnissen sowie der Abiturprüfung.*

334 *Wir wollen den Schulen ermöglichen, Unterricht außerhalb des engen „Fächerkorsetts“ zu ge-*
335 *stalten. Das Unterrichten nach einem klaren Fächerkanon mag für einige Schulen sinnvoll sein,*
336 *andere wollen in der Lernorganisation andere Wege gehen. Diese Freiräume wollen wir den*
337 *Schulen geben. Dazu kann gehören, dass Schulen sich dazu entscheiden, mehrere Fächer zu-*
338 *sammen zu behandeln und stärker mit dem Instrument der Lernfamilien zu arbeiten oder sogar*
339 *ganz auf das Unterrichten entlang der klassischen Fächer zu verzichten.*

340 *Solche Entwicklungen können nur gelingen, wenn sie von den Schulen getragen und wenn die*
341 *Schulen ihre Lernaktivitäten nachhaltig verfolgen und evaluieren. Dazu wollen wir sie befähi-*
342 *gen. Schulen brauchen Anregungen zur und Unterstützung bei der inneren Entwicklung, die von*
343 *den Kolleg*innen selbst vollzogen wird. Unser Ziel ist, dass jede Schule die kontinuierliche Un-*
344 *terstützung durch externe Schulentwicklungsteams erhält, die zentral koordiniert werden, um*
345 *den Wust aus Förderprogrammen und privaten Angeboten zu ordnen. Wir wollen zudem die*
346 *Aus- und Fortbildung zu Schulentwicklungsbegleiter*innen sowie deren Arbeit an möglichst*
347 *allen Schulen stärken.*

348 **Demokratische Schule**

349 *Wir wollen eine Bildung, die unsere Demokratie stärkt und die Angriffe auf unsere demokrati-*
350 *schen Institutionen abwehrt. Wir wollen unsere pluralistische und demokratische Gesellschaft*
351 *weiterentwickeln und unser Bildungssystem als Ort gelebter Demokratie begreifen und fördern.*
352 *Unser Bildungswesen muss dazu beitragen, grundlegende demokratische Haltungen zu entwi-*
353 *ckeln, ein demokratisches Zusammenleben zu gestalten und demokratiefeindlichen Einstellun-*
354 *gen wie Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Islamismus vorzubeugen und to-*
355 *talitären Strömungen und Denkmustern entgegenzutreten. In den Bildungsinstitutionen muss*
356 *Grundrechtsklarheit herrschen. Antidemokratischen Haltungen und Handlungen muss konse-*
357 *quent begegnet werden, ihnen gegenüber gibt es keine Neutralität.*

358 *Kinder haben Rechte, und diese Rechte betreffen zahlreiche Themen im Lernalltag. Nur wenn*
359 *Kinder und Jugendliche ein Bewusstsein über ihre Rechte entwickeln, können sie diese wahr-*
360 *nehmen. Demokratisches Bewusstsein und demokratisches Handeln kann nicht vermittelt, es*
361 *muss erlernt und erlebt werden. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche Zugehörigkeit, Mitwir-*
362 *kung, Anerkennung und Verantwortung in ihrem Schulalltag lebendig erfahren und darüber die*
363 *für demokratisches Denken und Handeln notwendigen Einstellungen und Kompetenzen entwi-*
364 *ckeln und in der Folge selbst zivilgesellschaftlich und demokratiefördernd tätig werden können.*
365 *Demokratisches Handeln bedeutet mehr, als in demokratischen Verfahren Entscheidungen zu*
366 *treffen. Demokratie lebt von Mitbestimmung, von der gemeinsamen Aushandlung und der Ein-*
367 *haltung von Spielregeln, von der Fähigkeit, kritisch zu denken, Positionen zu hinterfragen und*
368 *einzuordnen, aber auch von einem achtsamen, empathischen Umgang untereinander und der*
369 *Bereitschaft, sich in Andere hineinzusetzen.*

370 *Wir wollen in unseren Bildungseinrichtungen Lernprozesse fördern, die von Emanzipation, Er-*
371 *mutigung zum kritischen Diskurs sowie von gegenseitigem Respekt und gemeinsamem Gestal-*
372 *tungswillen geprägt sind. Unser Ziel ist es, dass unsere Bildungseinrichtungen zu diskriminie-*
373 *rungsfreien Orten werden, an denen alle Beteiligten Zugehörigkeit, Mitwirkung, Anerkennung*

374 *und Selbstwirksamkeit in ihrem Alltag tatsächlich erfahren und darüber die für demokratisches*
375 *Denken und Handeln notwendigen Einstellungen und Kompetenzen entwickeln und in der Fol-*
376 *ge selbst zivilgesellschaftlich und demokratiefördernd tätig werden können.*

377 *Eine demokratische Schulentwicklung will alle Akteur*innen einer Schule, also Schüler*innen,*
378 *Eltern, pädagogische und nichtpädagogische Mitarbeiter*innen, in den Prozess einbinden und*
379 *legt ein besonderes Augenmerk auf die Partizipation aller Beteiligten einer Schule: Wir wollen,*
380 *dass langfristige Aufgaben, die auf gemeinsamen Vorstellungen zur Entwicklung der Schule*
381 *beruhen, von allen Beteiligten ausgehandelt werden. So, wie Kinder schon in der Kinderta-*
382 *gesstätte kindgerechte Angebote zur Mitbestimmung über gemeinsame Aktivitäten oder die*
383 *Gestaltung ihres Umfelds erhalten sollen, wollen wir in den Schulen – von der Grundschule*
384 *bis zum Berufskolleg – das demokratische Aushandeln der pädagogischen Schwerpunkte, der*
385 *schulischen Entwicklung, die Diskussion über Aktivitäten in der Gruppe und die demokratische*
386 *Lösung von Konflikten zum regulären Bestandteil des Unterrichts machen und Beteiligungsfor-*
387 *men wie Klassenrat oder Schülerparlament in alle Schulen tragen.*

388 *Wir wollen die strukturelle und finanzielle Ausstattung der Schüler*innenvertretungs ver-*
389 *bessern, etwa indem wir ein der Schüler*innenzahl angemessenes Budget für Bezirksschü-*
390 *ler*innenvertretungen bereitstellen und Anrechnungsstunden für Verbindungslehrer*innen auf*
391 *kommunaler Ebene schaffen. In den Schulkonferenzen wollen wir die Vertretung von Schü-*
392 *ler*innen mindestens zu einem Drittel; in den Fachkonferenzen sollen Schüler*innen über das*
393 *beratende Mandat hinaus mitbestimmen.*

394 *Demokratisch arbeitende Schulen beziehen zudem ihre Elternschaft aktiv in Arbeits- und schu-*
395 *lische Entwicklungsprozesse ein. Es zahlt sich aus, die Partizipation und Mitwirkung der Eltern*
396 *von Beginn an zu verankern und vielfältig zu fördern und Bildungs- und Erziehungspartner-*
397 *schaften zwischen Schule und Eltern einzugehen und Beteiligung auf der kommunalen Ebene*
398 *institutionell zu festigen. Wir wollen dazu auch die Projekte ausweiten, die Eltern unabhängig*
399 *von Herkunft oder sozialer Lage befähigt, in der Schule mitzuwirken. Dies betrifft insbesonde-*
400 *re Familien mit Migrationsgeschichte, deren gesellschaftliche Teilhabe durch diskriminierende*
401 *Strukturen eingeschränkt ist.*

402 ***Inklusive Schule für alle Kinder***

403 *Wir stehen ein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, selbstbestimmte, gleichberechtigte*
404 *Teilhabe und größtmöglichen individuellen Bildungserfolg. Es ist normal, verschieden zu sein,*
405 *und wir streiten dafür, dass jeder Mensch so anerkannt wird, wie er ist. Wir verfolgen das Ziel*
406 *einer inklusiven, diskriminierungsfreien Gesellschaft und damit auch eines inklusiven Schul-*
407 *und Bildungssystems. Inklusive Bildung bedeutet, dass jedes Kind an jeder Schule willkommen*
408 *ist und dass jedem Kind an jeder Schule die Förderung zukommt, die es braucht, um sich zu*
409 *entfalten und seine Potenziale zu entwickeln. Jedes Kind hat das Recht auf Zuwendung und*
410 *individuelle Förderung. Wir Grüne haben uns schon immer dafür eingesetzt, längeres gemein-*
411 *sames Lernen aller Kinder zu ermöglichen – und werden es weiter tun. Der Übergang von der*
412 *Grundschule zur weiterführenden Schule darf nicht den weiteren Bildungsweg vorzeichnen.*
413 *Wir sehen im gemeinsamen Lernen aller Kinder und damit in den integrierten Schulformen die*
414 *größten Chancen, Kinder auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten und mehr Bil-*
415 *dungsgerechtigkeit zu schaffen. An dem Ziel einer Schule, an der alle Kinder willkommen sind*
416 *und gemeinsam lernen, halten wir fest. Die Entwicklung der Anmeldezahlen an Gesamtschulen*

417 zeigt uns, dass integrierte Schulen vor allem dann attraktiv sind, wenn sie ihren Schüler*innen
418 auch einen Weg zum Abitur eröffnen.

419 Eine einseitige Zuspitzung der schulpolitischen Debatte auf die Schulstruktur hat sich als Hin-
420 dernis herausgestellt, weil sie oftmals den Blick auf nötige Prozesse der Schulentwicklung ver-
421 sperrt hat. In diesem Sinne war der mit dem Schulkonsens erreichte Weg, Schulen des gemein-
422 samen Lernens „von unten“ entstehen zu lassen, ein großer Fortschritt. Es hat der Entwicklung
423 des Gesamtsystems gutgetan, dass sie sich auf breite Mehrheiten stützen konnte. Wir setzen
424 auch künftig auf eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Schulen und Schulträ-
425 gern, wir wollen diese Entwicklung aber stärker flankieren.

426 Die Hauptschule wird von immer weniger Schüler*innen und Eltern als ein erfolgversprechen-
427 der Bildungsweg wahrgenommen. Wir sehen deshalb für diese Schulform keine Zukunftsoption.
428 Die Sekundarschule ist eine integrierte Schulform, die sich von der Gesamtschule nur durch das
429 Fehlen der gymnasialen Oberstufe unterscheidet. Sekundarschulen sollen sich zu Gesamtschu-
430 len wandeln oder Teilstandorte von Gesamtschulen werden können, sodass der direkte Weg
431 zum Abitur ohne Schulwechsel möglich ist. Realschulen und Gymnasien wollen wir die Mög-
432 lichkeit geben, sich selbstständig durch Entscheidung der Schulkonferenz in Gesamtschulen
433 umzuwandeln.

434 Schule soll Geborgenheit und Sicherheit geben. Alle Schulen, auch Realschulen und Gymnasien,
435 sollen alle Kinder und Jugendlichen nach ihren Potenzialen fördern und auf dem Weg zum best-
436 möglichen Schulabschluss begleiten, mindestens bis zum ersten Schulabschluss nach Klasse
437 10. Abschulung und (unfreiwillige) Klassenwiederholung soll es nicht mehr geben. Schulver-
438 suche, in denen von der 1. bis zur 10. Klasse gemeinsam und ohne Schulwechsel gelernt wird,
439 haben sich als sehr erfolgreich herausgestellt. Wir wollen, dass in Regelschulen die Trennung
440 zwischen Primar- und Sekundarstufenschulen aufgehoben werden kann und so ermöglichen,
441 dass Schulen den gemeinsamen Unterricht von Klasse 1 bis mindestens Klasse 10 anbieten.

442 Wir bekennen uns zum Verständnis der inklusiven Bildung der Deutschen UNESCO-Kommission.
443 In diesem Sinn bedeutet inklusive Bildung, „dass allen Menschen – unabhängig von Geschlecht,
444 Religion, ethnischer Zugehörigkeit, besonderen Lernbedürfnissen, sozialen oder ökonomischen
445 Voraussetzungen – die gleichen Möglichkeiten offen stehen, an qualitativ hochwertiger Bildung
446 teilzuhaben und ihre Potenziale zu entwickeln.“

447 Nicht das Kind muss sich in ein bestehendes System anpassen, sondern das Bildungssystem
448 muss die Bedürfnisse aller Kinder und Jugendlicher berücksichtigen und sich an sie anpassen.
449 Ziel ist es, dass jede Schule – und das bedeutet auch jede Schulform – offen ist für jedes Kind.
450 Jede Schule hat dabei das Anrecht auf die nötige Unterstützung bei der Weiterentwicklung ihrer
451 inneren Strukturen.

452 Wir sind uns bewusst, dass erfolgreiche schulische Inklusion zahlreiche Voraussetzungen ver-
453 langt – aber wir sind davon überzeugt, dass der Weg sich lohnt. Gemeinsames Lernen bedeutet
454 die Chance auf bessere Schule und eine gerechtere, demokratischere und friedlichere Gesell-
455 schaft. Vom gemeinsamen Lernen und der konsequenten individuellen Förderung profitieren al-
456 le Schüler*innen, gerade auch die leistungsstarken. Inklusive Schule ist dann erfolgreich, wenn
457 jeweils entsprechend hohe Leistungsanforderungen an alle Kinder gestellt werden – auch an
458 jene mit besonderem Förderbedarf.

459 *Wir wollen Schulen ermutigen, eine von Akzeptanz, von Heterogenität und Wertschätzung ge-*
460 *genüber allen Kindern geprägte Schulkultur zu entwickeln. Gelingende Inklusion braucht Res-*
461 *ourcen, die den Schulen materiell und personell zur Verfügung stehen sowie Unterstützung*
462 *und pädagogische Freiheit, inklusive Schulentwicklungsprozesse zu gestalten. Für die inklusi-*
463 *ven Schulen sollen die Ressourcen des Landes, der Jugendhilfe, der Sozialämter, kommunalen*
464 *Integrationszentren und der Schulverwaltung für die Schulen unbürokratisch zusammenge-*
465 *führt werden. In Netzwerken können Sozialverbände, Elternvereine sowie Kirchen und weitere*
466 *zivilgesellschaftliche Akteur*innen im Sozialraum eingebunden werden. Mit dem klaren Ziel,*
467 *eine inklusive Schule zu entwickeln, vertrauen wir den Verantwortlichen vor Ort und wollen die*
468 *notwendige Unterstützung zur Verfügung stellen.*

469 *Wir wissen, dass ein inklusives Bildungssystem nicht von heute auf morgen zu erreichen ist.*
470 *Deshalb wollen wir dafür Sorge tragen, dass zielführende Zwischenziele und Schritte verankert*
471 *werden. Ein kommunaler bzw. regionaler Schulentwicklungsplan beschreibt die Entwicklungs-*
472 *schritte hin zu einem inklusiven Schulsystem, das alle Schulen einbezieht. Auf diesem Weg*
473 *müssen als Zwischenschritt sogenannte Vorreiterschulen besonders ausgestattet werden. Sie*
474 *sollen an ein kommunales/regionales Unterstützungszentrum direkt mit angebunden sein, in*
475 *dem Schulpsychologie, Jugend- und Sozialhilfe, Beratung und Fortbildung zur Verfügung ste-*
476 *hen. An die Schulen angeschlossen sind Bildungsräume, die Schüler*innen in speziellen Unter-*
477 *stützungssituationen temporär neue pädagogische Möglichkeiten in unmittelbarer Kooperati-*
478 *on mit der Jugendhilfe eröffnen. Kinder mit emotionalen und sozialem Förderbedarf, aber auch*
479 *schulmüde Schüler*innen finden so in multiprofessionellen Settings Unterstützung. Auch in die-*
480 *sen mit der Schule eng verbundenen alternativen Bildungsräumen bleiben sie Schüler*innen*
481 *ihrer Schule. Beginnend mit den Vorreiterschulen, insbesondere an den Ganztagschulen, wer-*
482 *den Therapie- und Pflegeräume eingerichtet. In der Schulleitung wollen wir die Inklusionsko-*
483 *ordination mit einer Funktionsstelle verankern und Teamzeiten ausbauen. Dieser Prozess wird*
484 *sukzessive begleitet durch eine veränderte Lehrerbildung. Mehr und mehr Lehrer*innen wer-*
485 *den im „Umgang mit Vielfalt insbesondere mit Blick auf ein inklusives Schulsystem“ aus- und*
486 *fortgebildet.*

487 *Wir wollen die Schulen auf dem Weg zur Inklusion dahingehend unterstützen,*

- 488 • *dass fest installierte multiprofessionelle Klassen-, Jahrgangs- und Stufenteams gemein-*
489 *sam Verantwortung für alle Kinder übernehmen,*
- 490 • *dass Sonderpädagog*innen verlässlich und fest im Kollegium verankert sind und Team-*
491 *work und Reflexion auf Seiten der Pädagog*innen sowie vertrauensvoller kooperativer*
492 *Umgang mit den Eltern gelebt werden,*
- 493 • *dass die systematische Vorbereitung der Kollegien im Rahmen von Fortbildung auf di-*
494 *daktische und diagnostische Herausforderungen gestärkt wird,*
- 495 • *dass jede Schule auf ein kommunales/regionales Unterstützungszentrum zurückgreifen*
496 *kann,*
- 497 • *dass sie insgesamt eine Kultur der Wertschätzung von Verschiedenheit, des gegenseitigen*
498 *Respekts, der Empathie und des achtsamen Umgangs miteinander entwickeln,*
- 499 • *dass kollegiale Fallbesprechungen sowie gemeinsame Unterrichtsplanung durch syste-*
500 *mische Zeitressourcen gefördert werden,*

- 501 • dass die notwendigen Instrumente und Materialien zentral zur Verfügung gestellt werden,
- 502 • dass auf der Ebene der Schulleitung eine Funktionsstelle Inklusionskoordination etabliert
- 503 wird,
- 504 • dass Schulbegleiter*innen in Form von Pool-Lösungen einen festen Platz in den Schulen
- 505 bekommen.

506 *Wir wollen, dass die inklusive Schule grundsätzlich barrierefrei ist bis hin zur Raumausstat-*
507 *tung und -gestaltung (z. B. Akustik, technische Hilfsmittel). Therapie und Pflege gehören zum*
508 *Raumprogramm. Das Programm "Gute Schule" soll über 2020 hinaus mit den Inklusionsbe-*
509 *darfen weitergeführt werden. Die Schulen brauchen verbindliche bauliche Standards, die si-*
510 *cherstellen, dass pädagogische Bedarfe passgenau abgebildet werden. Wir begrüßen darum,*
511 *dass es von Seiten der kommunalen Spitzenverbände einen Prozess gibt, verbindliche bauliche*
512 *Standards wieder zu definieren und setzen uns dafür ein, mit Kommunen vereinbarte bauliche*
513 *Standards als Landesrichtlinie zu übernehmen. Perspektivisch sollen alle Schulen des Landes*
514 *mit sonderpädagogischen Abteilungen ausgestattet werden, die Therapieräume, Pflegeeinhei-*
515 *ten und Ruheräume, sowie kleinere Unterrichtsräume bereitstellen. Schwerbehinderte Kinder*
516 *und Jugendliche könnten hier immer dann betreut werden, wenn der Aufenthalt in einer Re-*
517 *gelklasse aus gesundheitlichen oder psychischen Gründen zeitweilig nicht möglich ist. Kinder*
518 *mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen gehören zur Schulgemeinschaft und sollen Teil einer*
519 *Klassengemeinschaft sein. Dafür ist es wichtig, dass sie den ihnen möglichen Teil des Unter-*
520 *richts und die freie Zeit innerhalb der Schule mit ihrer Klasse verbringen.*

521 *Förderschulen sollen sich in den inklusiven Entwicklungsprozess öffnen und auch Schü-*
522 *ler*innen ohne sonderpädagogische Unterstützungsbedarf aufnehmen können (reverse Inklu-*
523 *sion). Dazu gehören ausdrücklich auch die Schulen in Trägerschaft der Landschaftsverbände.*
524 *Wir wollen zudem eine Reform der Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs (AOSF-*
525 *Verfahren) vornehmen. Auf der Grundlage valider, differenzierter Diagnostik und unter Einbe-*
526 *ziehung aller Beteiligten soll ein besonderer Förderbedarf (inklusive Hochbegabung) festge-*
527 *stellt und überprüft werden. Das kann durch die Unterstützungszentren erfolgen, die ggf. die*
528 *Erlaubnis erteilen, vom Curriculum der Regelschule abzuweichen und bei individuellen Förder-*
529 *plänen multiprofessionelle Unterstützung leisten können. Grundsätzlich sollte eine Diagnostik*
530 *die individuelle Förderung für alle Kinder unterstützen. Auch eine unabhängige Elternberatung*
531 *soll in den Unterstützungszentren angesiedelt werden.*

532 *Unterschiedliche Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten machen Schulen oft die eigenstän-*
533 *dige, selbstbestimmte und selbstverantwortete Entwicklung schwer. Wir schlagen daher vor, die*
534 *Zuständigkeiten neu zu organisieren und die Entscheidungsbefugnisse möglichst auf der Ebene*
535 *anzusiedeln, auf der sie möglichst effektiv sind. Ein entscheidender Faktor einer guten Bildung*
536 *für die Gegebenheiten vor Ort ist neben den Rahmenbedingungen der Landesebene aus unse-*
537 *rer Sicht eine kluge und verbindliche kommunale bzw. regionale Bildungsplanung. Wir wollen*
538 *dafür zusätzliche Ressourcen in Form von regionalen Budgets schaffen, um auch schulübergrei-*
539 *fende Personal- und Finanzbedarfe abdecken zu können. Solche Bedarfe entstehen vor allem*
540 *durch ein die Schulentwicklung begleitendes Beratungs- und Unterstützungssystem, das auf*
541 *der Ebene der Regionen, d. h. der Kreise oder kreisfreien Städte, angesiedelt sein soll. Über*
542 *den Einsatz der Ressourcen aus den regionalen Budgets soll eine regionale Steuergruppe ent-*
543 *scheiden, die sich aus Vertreter*innen der Schulaufsicht, der regionalen Schulträger sowie der*

544 *Schulen in der Region zusammensetzt. Schulverwaltung und Schulaufsicht wollen wir in diesem*
545 *Sinne reformieren.*

546 **Aus- und Fortbildung**

547 *Pädagogische und fachliche Kompetenzen sind die Grundlagen dafür, dass Lehrkräfte Unter-*
548 *richt zielführend konzipieren, der fachwissenschaftlich abgesichert und langfristig angelegt ist*
549 *und das Entwicklungspotenzial und das Entwicklungsniveau der Schüler*innen berücksichtigt.*
550 *Darüber hinaus sind Lehrer*innen Erziehungspersonen, die in erheblichem Maße Einfluss auf*
551 *die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen nehmen können. Der verantwortliche Umgang*
552 *mit Heranwachsenden erfordert ein Berufsethos, das Wertmaßstäbe für die Ausprägung einer*
553 *entsprechenden pädagogischen Haltung beinhaltet. Da diese jedoch niemals statisch sind, müs-*
554 *sen die Lehrkräfte ein Verständnis von beruflichen Anforderungen, Handlungen und Funktions-*
555 *zusammenhängen entwickeln, das eigene berufliche Handeln evaluieren und durch Fortbildung*
556 *für den Anschluss an wissenschaftliche Erkenntnisfortschritte sorgen.*

557 *Wir wollen deshalb, dass sich Lehrer*innen verpflichtend kontinuierlich und professionell fort-*
558 *bilden. Der Transfer in die Praxis muss grundlegender Bestandteil der Planungen von Fortbil-*
559 *dungsangeboten sein. Dafür brauchen wir eine Verknüpfung zwischen Aus- und Fortbildung.*
560 *Wir wollen schon im Referendariat und dann nach der Ausbildung feste Zeiten für Fortbildung*
561 *etablieren.*

562 *Wir wollen Schulen dabei unterstützen, Fortbildungskonzepte zu erstellen, die allen Kol-*
563 *leg*innen Freiräume für Fortbildung schaffen. Dabei ist es uns wichtig, auch gemeinsames*
564 *Lernen und gegenseitiges Fortbilden innerhalb der Kollegien und in regionalen Schulnetzwer-*
565 *ken zu stärken. Fortbildung sollte kontinuierlich in Lerngemeinschaften erfolgen können und*
566 *nicht punktuell in Top-Down-Angeboten realisiert werden.*

567 *Wir sehen großen Reformbedarf in der Lehramtsausbildung. Wir schlagen deshalb vor, dass in*
568 *einem weiteren Diskussionsprozess die zukünftige Struktur der Lehramtsausbildung, die Aus-*
569 *richtung von Lehrämtern und die Qualifizierung von Seiteneinsteiger*innen diskutiert wird und*
570 *Vorschläge für eine grundlegende Reform in den grünen Gremien erarbeitet werden.*

571 **Berufskollegs**

572 *Das Berufskolleg ist mit einem Anteil von zwei Dritteln aller Schüler*innen die stärkste Insti-*
573 *tution der Sekundarstufe II, in der bildungspolitischen Diskussion aber unterrepräsentiert. Das*
574 *Berufskolleg vermittelt umfassende fachliche, berufliche, soziale und personale Handlungskom-*
575 *petenz und bereitet außerdem auf ein lebensbegleitendes Lernen vor. Aufgrund seiner komple-*
576 *xen Struktur und der Anforderungen u. a. an die Kooperation mit den Partnern in der dualen*
577 *Ausbildung, stellt das Berufskolleg ein ganz eigenes System dar und steht vor besonderen Her-*
578 *ausforderungen und Chancen.*

579 *Wir wollen die Kompetenzen der Berufskollegs stärker nutzen und ausbauen und sie zu Orten*
580 *innerhalb einer neuen beruflichen Weiterbildungsstruktur machen. Einen Ansatzpunkt stellen*
581 *dabei die Lernwerkstätten 4.0 dar. Sie entstehen in Zusammenarbeit mit den Akteur*innen*
582 *im regionalen Wirtschaftsraum, mit Handwerk, Unternehmen, Gewerkschaften Kommunen und*
583 *Wirtschaftsförderung. Wir schlagen vor, Lernwerkstätten verstärkt an den Berufskollegs anzu-*
584 *siedeln und diese damit auch (auch im ländlich strukturierten Raum) als regionale Kompetenz-*
585 *zentren zu stärken.*

586 *Die Flexibilisierung, Selbstbestimmung und Verantwortung der Schulen in der Personalgewinn-*
587 *nung und -steuerung ist eine Grundvoraussetzung dafür, dem aktuellen Lehrkräftmangel an*
588 *den Berufskollegs zu begegnen. Es braucht aber weitere Anstrengungen. Wir wollen die grund-*
589 *ständige Lehramtsausbildung für das BK stärken und weitere Zugänge attraktiv machen. Wir*
590 *schlagen vor, durch die Möglichkeit von Aufstiegsqualifizierungen mehr Menschen für die Arbeit*
591 *am BK zu gewinnen. Berufsbegleitende Qualifizierungen von Seiteneinsteiger*innen wollen wir*
592 *mit mehr Entlastungsstunden ausstatten. Wir schließen uns auch der Forderung der Berufskol-*
593 *legverbände zur konsequenten Einführung eines „Aufbaumasters“ an. Eine Anerkennung von*
594 *Bachelorabschlüssen mit BK-relevanten Fachinhalten sollte mit einem bildungswissenschaft-*
595 *lichen und didaktisch orientierten Master zum BK-Lehramt führen können. Auch Werkstatt-*
596 *und Fachlehrkräfte könnten in Anerkennung der notwendigen beruflichen Expertise auf ent-*
597 *sprechendem Niveau für Aufstiegsqualifikationen gewonnen werden. Entsprechend ihrer Qua-*
598 *lifikationen und tatsächlich wahrgenommenen Aufgaben sollte auch Technischen Lehrkräften*
599 *die Höherqualifizierung geöffnet werden, um ein umfangliches Unterrichtsangebot sichern zu*
600 *können.*

601 *In einem Flächenland wie NRW steht die berufliche Bildung gerade in den ländlich struktu-*
602 *rierten Räumen vor erheblichen Transformationsprozessen. Wir wollen daher die berufliche*
603 *Grundbildung in der Fläche stärken und eine Flexibilisierung und Ressourcenunterstützung*
604 *bei der Bildung von Fachklassen in der Koordination und Abstimmung der Ausbildungschan-*
605 *cen im regionalen Wirtschaftsraum auf den Weg bringen. Aber auch die Digitalisierung bietet*
606 *Möglichkeiten, diesem Problem zu begegnen. Blended Learning (Computergestütztes Lernen)*
607 *und weitere innovative Formate des Lernens mit Unterstützung digitaler Medien wollen wir*
608 *in einen Entwicklungsprozess einbinden, von dem das berufliche Bildungsangebot insgesamt*
609 *profitieren kann. Wir wollen das Landesportal Berufsbildung.NRW in diesem Sinn ausbauen.*
610 *Außerdem wollen wir die Entwicklung einer kommunalen bzw. regionalen Entwicklungspla-*
611 *nung der Berufskollege und Kooperation vorantreiben, damit in Verbindung mit einer qualitativ*
612 *hochwertigen beruflichen Grundbildung im Ausbildungsverlauf die notwendige fachliche Ver-*
613 *tiefung auf regionaler Ebene gewährleistet ist. Durch Kooperation können im BK-Verbund an*
614 *den jeweiligen Standorten in den fachlichen Schwerpunkten dem technologischen Fortschritt*
615 *entsprechende Ausstattungen vorgehalten werden.*

616 **Innovative und starke Hochschulen**

617 *Auch die Hochschulen stehen vor einem Transformationsprozess. Damit dieserauch in der Hoch-*
618 *schule gelingt, wollen wir allen Beteiligten mehr Selbstbestimmung und Verantwortung beider*
619 *Gestaltung der Hochschule geben. Für uns stehen die Studierenden als mündige und selbstbe-*
620 *stimmte Akteure*innen im Mittelpunkt der Hochschulpolitik. Wir wollen ihnen bestmögliche*
621 *Bedingungen bieten, damit sie ihr Studium frei, selbstbestimmt und erfolgreich durchführen*
622 *können. Wir schlagen vor, ein Recht auf gute Lehre auch gesetzlich zu verankern. Wir wollen*
623 *Leitlinien einführen, die in den Prüfungsordnungen neben der Vermittlung des Fachwissens,*
624 *auch zu weiteren Kompetenzen wie etwa den sogenannten Softskills verpflichten.*

625 *Wir vertrauen darauf, dass die Studierenden selbst entscheiden können, wie sie zu ihrem aka-*
626 *demischen Ziel kommen und sehen die Entwicklung von Eigenständigkeit als Teil der akademi-*
627 *schen Ausbildung an. Studierende sollen soweit wie möglich entscheiden können, wann und*
628 *welche Lehrveranstaltungen sie besuchen. Dafür werden flexibel gestaltete Studiengangmo-*
629 *delle benötigt, die passgenau die Vielfalt der Studierenden (Engagement, Pflege, Behinderung*
630 *etc.) mitdenken.*

631 *Hochschulen müssen offen für alle gesellschaftlichen Gruppen und frei von Diskriminierung*
632 *sein. Vielfalt bereichert nicht nur unsere gesamte Gesellschaft, sondern sorgt auch in Forschung*
633 *und Lehre für wichtige Impulse und neue Perspektiven. Studierende haben unterschiedliche Le-*
634 *bensrealitäten, sind unterschiedlichen Diskriminierungen ausgesetzt und haben unterschied-*
635 *liche Bedürfnisse. Deshalb brauchen wir mehr Angebote für individuelle Förderung . Das gilt*
636 *auch in Bezug auf den Ausbau von diversitygerechten Strukturen wie der Festigung von Bera-*
637 *tungsstellen, einem dauerhaftem Angebot von Kinderbetreuung oder auch dem Bereitstellen*
638 *von Hilfsmitteln für Studierende mit Behinderung sowie Rückzugsmöglichkeiten.*

639 *Studierende benötigen eine Studienfinanzierung, die den Lebensunterhalt – und insbesondere*
640 *die Wohnkosten – tatsächlich und über das gesamte Studium in allen Lebenslagen abdeckt*
641 *und die nicht auf der anderen Seite von Studiengebühren konterkariert wird. Viele Studienin-*
642 *teressierte sind auf eine finanzielle Unterstützung zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts und*
643 *sonstiger Studienkosten angewiesen. Studierende dürfen aber nicht vom Geldbeutel der Eltern*
644 *oder einer Nebenerwerbstätigkeit in hohem Umfang abhängig sein. Das Bundesausbildungs-*
645 *förderungsgesetz ist hier unzureichend ausgestaltet. Der Bund muss daher das BAföG weiter-*
646 *entwickeln. Es muss eine deutlich höhere Studienfinanzierungshilfe, weniger Bürokratie, die*
647 *Ermöglichung eines Teilzeitstudiums beinhalten. Außerdem muss es familiengerecht gestaltet*
648 *werden.. Die Wohnkostenpauschale muss dabei flexibel sein. Mittelfristig sollte das BAföG zu*
649 *einem Zwei-Säulen-Modell weiterentwickelt werden, das aus einem allgemeinen und einem in-*
650 *dividuell bedarfsangemessenen Zuschuss besteht. Diese Leistungen sollten elternunabhängig*
651 *sein und nicht zurückgezahlt werden müssen.*

652 *Wir wollen die Selbstbestimmtheit und Selbstverantwortung von Hochschulen fördern. Die de-*
653 *mokratische und die selbstbestimmte Hochschule sind zwei Seiten einer Medaille. Die Aus-*
654 *gestaltung von Prüfungsordnungen soll beispielsweise im Rahmen demokratischer Verfahren*
655 *unter gleicher Beteiligung aller Statusgruppen erfolgen, damit es aus der Sicht aller ein gu-*
656 *tes Studium wird. Wir wollen selbstbestimmte Hochschulen, an denen sich Studierende an der*
657 *Gestaltung des Hochschullebens, der Rahmenbedingungen von Lehre und auch deren Weiter-*
658 *entwicklung beteiligen können. Auch grundsätzlichere und hochschulweite Diskussionen und*
659 *Entscheidungen haben wesentliche Auswirkungen auf Studium und Lehre. Daher müssen alle*
660 *Statusgruppen gleichwertig an den Hochschulen auf allen Ebenen beteiligt werden. Natürlich*
661 *gibt es rechtlich geschützte Kernbereiche, wo eine Professorenmehrheit gelten muss, aber in*
662 *vielen anderen Bereichen müssen Aushandlungsprozesse unter allen Gruppen stattfinden. Da-*
663 *her soll die Gruppenparität im Senat oder eine starke studentische Präsenz in anderen Gremien*
664 *der Hochschulen der Normalfall sein.*

665 *Gute Arbeitsbedingungen sind ebenso Voraussetzungen für Selbstbestimmung und kreative*
666 *Ideen bei der Mitgestaltung der Hochschule, als auch für eine gute Lehre. Allen Mitarbei-*
667 *ter*innen müssen gute Arbeitsbedingungen geboten werden.*

668 *Wir stehen für Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit, die ihr Fundament in gesell-*
669 *schaftlicher Verantwortung haben. Dazu gehört, dass Hochschulen Beiträge zu einer nach-*
670 *haltigen, friedlichen und demokratischen Welt leisten. Dazu gehört auch ein intensiverer und*
671 *ständiger Austausch mit der Zivilgesellschaft und – in einem gewissen Rahmen – auch mit*
672 *der Wirtschaft. Diese Gedanken von Freiheit, Verantwortung und Austausch stehen in direkter*
673 *Wechselwirkung mit und haben auch Auswirkungen auf die Lehre an Hochschulen.*

674 *Die umfassende und systematische Nutzung digitaler Technik als Lern- und Arbeitswerkzeug ist*
675 *Grundlage und Selbstverständlichkeit. Bei vielen Hochschulen sehen wir dabei noch Potential.*
676 *Zwar gehören digitale Semesterapparate in der Lehre heute zum Standard, aber E-Learning-*
677 *und Blended-Learning-Modelle finden nur langsam Verbreitung. Auch die Verwaltungsstruktu-*
678 *ren wollen wir mit den Techniken der Digitalisierung vereinfachen.*

679 *Hochschulen können nur dann gute Ergebnisse in Lehre und Forschung bringen, wenn bei der*
680 *Hochschulfinanzierung ausreichend Grundmittel zur Verfügung stehen. Wir wollen die Abhän-*
681 *gigkeit der Hochschulen von Dritt- und Programmmitteln beenden, weil sie ein permanenter*
682 *Unruheherd im Wissenschaftsbetrieb ist. Die Rot-Grüne Landesregierung hat die Studienge-*
683 *bühren abgeschafft, weil sie unsozial und diskriminierend sind. Dabei sollte es auch bleiben.*
684 *Stattdessen sollten die bestehenden Qualitätsverbesserungsmittel für die Hochschulen ent-*
685 *sprechend den Studierendenzahlen dynamisiert und vorwiegend für die Verbesserung des Be-*
686 *treungsverhältnisses zwischen Professuren und Studierenden verwendet werden.*

687 *Sowohl innerhalb als auch zwischen den Hochschultypen bestehen unterschiedliche Ausgangs-*
688 *lagen der Finanzierung, die meist nur Zeichen ihrer Zeit sind und keinen sachlichen Grund ha-*
689 *ben. Bei der Hochschulfinanzierung benötigen wir mehr Fairness und Transparenz. Dazu gilt*
690 *es, ein neues Finanzierungssystem für die Hochschulen nach klaren und vergleichbaren Indi-*
691 *katoren zu etablieren. Darüber hinaus soll der Anteil von Programmmitteln reduziert und im*
692 *Gegenzug das Budget für die Grundfinanzierung deutlich erhöht werden. Die Hochschulfinan-*
693 *zierung sollte aus unserer Sicht aber verstärkt als gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern*
694 *gesehen werden, denn an vielen Stellen kann die Umsetzung der Ideen für eine Hochschulaus-*
695 *bildung auf dem Stand der Zeit nur mit zusätzlicher Unterstützung des Landes und des Bundes*
696 *erfolgen.*

697 **Weiterbildung**

698 *Das lebensbegleitende Lernen ist die Grundlage dafür, die individuellen Potenziale nach Ab-*
699 *schluss der Schule, der Ausbildung oder des Studiums weiter zu entfalten und zu entwickeln,*
700 *Selbstwirksamkeit zu erfahren und umfängliche gesellschaftliche Teilhabe zu verwirklichen.*
701 *Gerade die gemeinwohlorientierte (öffentlich finanzierte, nicht gewinnorientierte) Weiterbil-*
702 *dung leistet einen unverzichtbaren Beitrag, Bildungszugänge für Bildungsbenachteiligte und*
703 *Menschen, die das Bildungswesen nicht bzw. bislang nicht wirksam erreichen konnte, neu zu*
704 *erschließen. Volkshochschulen, Familienbildungsstätten, Bildungswerke von Gewerkschaften,*
705 *Kirchen, die Freie Wohlfahrtspflege und weiteren freie Träger der politischen Bildung wirken*
706 *vielfältig im Sinne dieses Leitbildes. Weiterbildung ist für die gesamtgesellschaftliche Entwick-*
707 *lung und das demokratische Gemeinwesen ebenso ein unverzichtbarer Faktor wie für die volks-*
708 *wirtschaftliche Entwicklung, denn, wie beschrieben, wird die Digitalisierung nicht zu einer ein-*
709 *maligen, sondern zur permanenten Disruption führen. Diese Veränderung zerstört endgültig die*
710 *Fiktion einer einmaligen Bildung, die für das gesamte berufliche Leben ausreicht. Weiterbildung*
711 *wird damit zum Kernelement eines selbstbestimmten Arbeitslebens und zur Versicherung dafür,*
712 *dass Menschen trotz der permanent stattfindenden Transformationsprozesse nicht abgehängt*
713 *werden. Durch den demographischen Wandel wird die Notwendigkeit noch verstärkt. Wir wol-*
714 *len, dass der Zweite Bildungsweg als Pflichtaufgabe gleichgestellt wird.*

715 *Weiterbildung ist Daseinsvorsorge. NRW bietet im Bundesländervergleich eine ausgeprägte und*
716 *starke Weiterbildungslandschaft. Gerade die Weiterbildung als kommunale Pflichtaufgabe*

717 *muss aber dringend ausgebaut und gestärkt werden. Das betrifft eine lückenlose Sprachförder-*
718 *718 kette, flächendeckende Angebote für Grundbildung und Alphabetisierung sowie ein besonderes*
719 *719 Augenmerk auf das Nachholen von Schulabschlüssen. Wer den Abbau von Bildungshindernis-*
720 *720 sen und gesellschaftliche Integration und Teilhabe vorantreiben will, muss Menschen ungeach-*
721 *721 tet von Herkunft und Aufenthaltsstatus das Recht auf Weiterbildung gewähren. Wir wollen, dass*
722 *722 die Weiterbildung inklusiv gestaltet wird und allen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Han-*
723 *723 dikap oder Aufenthaltsstatus, zugänglich ist. Begleitende, niedrigschwellige Kinderbetreuung*
724 *724 muss verlässlich gefördert werden, um beiden Elternteilen die Teilnahme zu ermöglichen.*

725 *Wir wollen dass die politische Bildung als Angebot zur Demokratiebildung unabhängig geför-*
726 *726 dert wird. Die Vermittlung der demokratischen Prinzipien, das Verständnis des Grundgesetzes*
727 *727 und der Menschenrechte, das Verstehen des Staates und eines komplexen politischen Systems,*
728 *728 gehören zum Grundbestand einer informierten, lebendigen und weltoffenen Demokratie. To-*
729 *729 leranz und Kritikfähigkeit, sowie die Befähigung zu aktiver Partizipation am politischen Ge-*
730 *730 schehen des eigenen Landes und die Vermittlung von Pluralitätskompetenz gehören zu den*
731 *731 Zielen.*

732 ***Wir wollen die Weiterbildung solidarisch finanzieren.*** *So sehr immer wieder gerne die Bedeu-*
733 *733 tung der Weiterbildung insgesamt hervorgehoben und betont wird, so sehr ist sie doch immer*
734 *734 noch von strukturellen Defiziten und einer nicht ausreichenden Finanzierung geprägt, die sich*
735 *735 gerade im Bereich des pädagogischen Personals bemerkbar macht. Die Verdienstmöglichkeiten,*
736 *736 die Stundensätze und die soziale Absicherung sind unzureichend. Eine Verbesserung dieser pre-*
737 *737 kären Arbeitsverhältnisse trägt zur Sicherung der Professionalität und der Qualität der Arbeit*
738 *738 der Weiterbildung bei.*

739 *Die Frage der mangelnden Ressourcen begleitet nicht nur das Personal im Weiterbildungsbereich,*
740 *740 sondern auch andere Felder der Arbeit. Die Kontinuität, Nachhaltigkeit und Förder-*
741 *741 fähigkeit neuer Angebote muss durch gesetzliche, sichere Förderung garantiert werden. Wir*
742 *742 wollen, dass sich der Bund seiner größeren Finanzierungsverantwortung sowohl für die ge-*
743 *743 meinwohlorientierte wie auch für die berufliche Weiterbildung stellt und gemeinsam mit Län-*
744 *744 dern und Kommunen die 4. Säule im Bildungssystem in Qualität und Quantität gleichwertig*
745 *745 ausbaut und stärkt. Wir benötigen daher eine bundeseinheitliche Gesetzgebung und entspre-*
746 *746 chende Finanzierung.*

747 *Wir wollen eine Fördersystematik etablieren, die innovative, niedrigschwellige Angebotsformen*
748 *748 ermöglicht. Wir schlagen deshalb eine verlässliche Sockelfinanzierung verbunden mit einer*
749 *749 Abkehr von der aktuell dominierenden „Projektitis“ vor. Über sozialraumorientierte Konzepte*
750 *750 kann der Blick mehr auf bildungsbenachteiligte Zielgruppen gerichtet werden, um neue Wege*
751 *751 der Partizipation und zur Selbsthilfe zu erproben. Wir wollen eine systematische sozialpäd-*
752 *752 agogische Begleitung der Projekte etablieren, um den Erfolg dieses zweiten Bildungsweges zu*
753 *753 unterstützen.*

754 *Wir wollen zudem mehr öffentliche Verantwortung und einen klar definierten öffentlichen Bil-*
755 *755 dungsauftrag, auch im Bereich der beruflichen Bildung. Er muss sich über die gesamte Er-*
756 *756 werbsbiografie erstrecken. Wir wollen in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung unter Betei-*
757 *757 ligung der Sozialpartner*innen und in enger Abstimmung mit dem Bund und den Akteurin-*
758 *758 nen und Akteuren der Weiterbildung eine berufliche Weiterbildungsinfrastruktur entwickeln.*
759 *759 Es geht um arbeitsplatznahe und praxisorientierte Lernprozesse, die nicht nur den Erhalt der*
760 *760 Beschäftigungsfähigkeit im Blick haben, sondern ebenso die Ausschöpfung der individuellen*

761 *Entwicklungspotenziale mit dem Ziel der Höherqualifizierung berücksichtigen. Wir wollen die*
762 *Vernetzung von Weiterbildung mit anderen Bildungssektoren, insbesondere mit dem System*
763 *der beruflichen Erstausbildung, verbessern und die Arbeit der regionalen Bildungsnetzwerke*
764 *entsprechend verbindlich entwickeln.*

Begründung

Dieser Antrag ist auf Basis des Abschlussberichts der Kommission „Zukunft der Bildung“ (Bildungskommission) sowie der im Anschluss eingegangenen sowie auf dem Kongress am 6. April in Bochum diskutierten Rückmeldungen entstanden, siehe: <https://gruene-nrw.de/bildung-21-jh/>

Antragsteller*innen

Landesvorstand